

Fairness brings – damit alle profitieren

Allgemeine Bemerkung: Qualität vor Quantität

„Man denkt nur in Zahlen, und das ist falsch.“ Diese tiefgründige Aussage stammt vom verstorbenen Bankier Hans Vontobel, die er in seinem späteren Leben machte. Auch die EVP ist für mehr Ethik und Fairness, damit die Realwirtschaft nicht noch mehr gefährdet ist. So sehen wir noch viel Potential in der Förderung des Gemeinwohls. Wir unterstützen deshalb qualitatives Wachstum vor quantitativem Wachstum, insbesondere wegen schonendem Umgang mit Land und Ressourcen.

Die EVP setzt sich in der kantonalen Politik ein für

- ein wirtschaftsfreundliches Umfeld für die KMU
- einen fairen und funktionierenden Wettbewerb, der nicht zu Ungleichheit und Verdrängung führt
- die Stärkung von Eigeninitiative und Eigenverantwortung
- eine verlässliche Sozialpartnerschaft
- die Förderung der Integration von Menschen mit begrenzter Leistungsfähigkeit und von Asylsuchenden in den ersten oder zweiten Arbeitsmarkt, je nach Situation.

Gerechtere Pauschalbesteuerung zeigt Wirkung

Im Thurgau wurde der Gegenvorschlag 2011 mit 52 % relativ knapp vom Volk angenommen. Das Schweizer Volk stimmte 2014 mit 56 % gegen die Abschaffung. Nach der Übergangsfrist von 3 Jahren zeigt sich im Kanton, dass die Anzahl der Pauschalbesteuerten – vor allem wegen einem Wechsel in die normale Besteuerung - abnahm, die Einnahmen aus der Pauschalbesteuerung jedoch zunahm.

Die EVP

- lehnt Steuerprivilegien ab
- will den interkantonalen Steuerwettbewerb abschwächen
- wird die Unternehmenssteuerreform III in unserem Kanton auf diese Kriterien prüfen (Das Volk wird doppelt bestraft: Holdinggesellschaften hatten Steuerprivilegien. Jetzt werden die Steuern erhöht.)

Kantonsfinanzen im Lot behalten

Die EVP unterstützt die von der Regierung eingeleiteten und jetzt umgesetzten Massnahmen zur LÜP (Leistungsüberprüfung), die zum Haushaltsgleichgewicht beitragen und hilft, die Zunahme der Staatsquote zu verhindern.

Die EVP wehrt sich gegen Pauschalkürzungen und Massnahmen, die zu einem Abbau des Service public und letztlich nur zu Kostenverlagerungen zulasten der Allgemeinheit führen. Beispiele: hinausgeschobene Investitionen in die Infrastruktur; mangelnde Kontrollen gegen Dumpinglöhne; Sparmassnahmen bei Kinderschutz und Bildung. Motion Ergänzungsleistungen für Familien.

Raumplanung

Die EVP prüft im Rahmen der bevorstehenden Änderungen die Umwandlung der Liegenschaftsteuer in eine Bodenwertsteuer. Damit würde dem Verursacherprinzip gegenüber der Öffentlichkeit besser Rechnung getragen. Denn überbauter oder noch nicht überbauter Boden profitiert von Erschliessung, Infrastruktur, ÖV, Sicherheit, Rechtssicherheit, Schulen, Gesundheitszentren etc.

Zollamt Romanshorn

Eine Schliessung wäre absolut kontraproduktiv, denn dann könnten in Romanshorn keine Lastwagen mehr abgefertigt werden. Ohne diese wäre die Fähre schlecht ausgelastet, vielleicht sogar kaum überlebensfähig. Negativ würde auch ins Gewicht fallen, dass die Lastwagen Landrouten wählen müssten (Verkehr, Umweltbelastung). Das wäre ein schmerzhafter und unweiser Abbau von Service public!